

11. Oktober 2018

„Noch mehr Verunsicherung statt Planungssicherheit“

Das südbadische Handwerk positioniert sich zu drohenden Diesel-Fahrverboten

Freiburg. Am 11. Oktober hat sich das südbadische Handwerk im Rahmen einer Pressekonferenz zu den Auswirkungen der Diesel-Problematik und der Gefahr von Fahrverboten in Freiburg geäußert. Eine klare Forderung: keine Fahrverbote. Sollten Fahrverbote unumgänglich sein, fordert die Handwerkskammer für ihre Mitgliedsbetriebe umfassende und unbürokratische Ausnahmeregelungen.

Das Handwerk ist überdurchschnittlich stark von der Diesel-Problematik betroffen: Ein Großteil der Flotten in Handwerksbetrieben besteht aus Dieselfahrzeugen. Die Ergebnisse des Dieselkompromisses der Bundesregierung, der auf den zwei Säulen Umtausch und Nachrüstung ruht, beschrieb Kammerpräsident Johannes Ullrich als „das Gegenteil von dem, was nötig wäre: noch mehr Verunsicherung statt Planungssicherheit.“ Beide Maßnahmen stuft er als nicht praktikabel und unausgereift ein. „Umtauschprämien alleine werden nicht ausreichen. Noch gravierender: Die Frage von Tauglichkeit und Finanzierung von Nachrüstungen ist bisher völlig ungeklärt. Der so genannte Kompromiss ist eine Mogelpackung!“

Zweifel am Erfolg regionaler Maßnahmen

Kammervertreter hatten in der vergangenen Woche gegenüber Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer auf die besondere Betroffenheit des Handwerks hingewiesen. „Wir wissen, dass das Regierungspräsidium bei der Erstellung des Luftreinhalteplans in einem Dilemma steckt. Aber wir befürchten, dass die angedachte Maßnahmen wie die Einführung der Zone 30 auf der B31 oder die Nutzung einer Pfortnerampel den gewünschten Erfolg nicht erzielen werden“, erklärte Christof Burger, Vizepräsident der Handwerkskammer. Die Konsequenz: Fahrverbote können nicht ausgeschlossen werden.

Mit Blick auf den Berliner Kompromiss kommt für die Region ein weiteres Ärgernis hinzu: Besonders schwer betroffene Städte sollen verstärkt von Umtauschprämien profitieren. Freiburg gehört trotz der hohen Werte nicht dazu. Regierungspräsidium und Handwerkskammer sind sich darin einig: Sollte diese Regelung Anwendung finden, gehört Freiburg auf die Liste.

Unser Zeichen: hwkdum

Pressestelle:
Martin Düpper
Gitta Liebig
Jürgen Galle
Katja Wetz

Handwerkskammer Freiburg
Bismarckallee 6
79098 Freiburg

Postanschrift:
Bismarckallee 6
79098 Freiburg

Telefon 0761 21800-430
Telefax 0761 21800-333
Mobil 0171 86 59 953
presse@hwk-freiburg.de
www.hwk-freiburg.de/presse

40 „Wir sind für saubere Luft in unseren Städten, das steht außer Frage,
aber Fahrverbote können nicht die Antwort auf das Diesel-Desaster
sein“, fasste Burger das Anliegen der Handwerkskammer zusammen
und fügte hinzu: „Es ist nun Aufgabe der Politik, sicherzustellen, dass
die Automobilhersteller für ihre Fehler einstehen und die Mängel auf
eigene Kosten beseitigen. Von uns Handwerkern wird das in unserem
Alltag ohne Wenn und Aber erwartet.“

45

Fahrverbote können existenzbedrohend sein

Die Handwerkskammer hat im Juni mit einer Umfrage unter ihren
Betrieben ein Stimmungsbild aus dem Handwerk eingeholt. Die
Bereitschaft der Betriebe umzurüsten ist begrenzt – und das aus gutem
50 Grund: „Die Handwerkskammer Freiburg rechnet damit, dass in den
besonders betroffenen Kreisen Stadt Freiburg, Breisgau-
Hochschwarzwald und Emmendingen der Flottenaustausch von Euro 4
auf neuere Fahrzeug mindestens 700 Mio. Euro kosten wird“, führte Dr.
Handirk von Ungern-Sternberg, Geschäftsbereichsleiter
55 Beratungsdienste bei der Handwerkskammer, aus. Pro Betrieb sind das
knapp 75.000 Euro. „Gerade für Kleinstbetriebe sind solche
Größenordnungen existenzbedrohend.“ Zumal eine ökonomisch und
ökologisch sinnvolle Nutzungsdauer vieler Fahrzeuge noch lange nicht
erreicht sei und die neueren Fahrzeuge im Handwerker-Segment keine
60 Alternative im Sinne der Luftreinhaltung böten.